



# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
158 · Ausgabe BL · BS · November 2015  
AZB 3001 Bern



**Herzliche Gratulation  
den Wiedergewählten!**



**Herzlichen Dank den vielen,  
vielen Engagierten!  
Es war grossartig.**



# Wahlen 2015: Erfolge und Fragezeichen

Die SP Baselland hat ihre vorrangigen Wahlziele erreicht: Claude Janiak ist als Ständerat mit Glanz bestätigt worden. Und auch Eric Nussbaumer und Susanne Leutenegger Oberholzer können ihre wertvolle Arbeit im Nationalrat fortsetzen. Wir gratulieren den Gewählten und allen andern auf den Listen der SP und der JUSO, die zu diesem Erfolg beigetragen haben. Dass es möglich gewesen ist, dem Angriff von rechts entgegenzuhalten und unsere Sitze zu verteidigen, verdanken wir aber allen in und um unsere Partei, die sich beim Plakatieren, mit Leserbriefen, bei Standaktionen oder bei der Telefonmobilisierung aktiv engagiert haben.



Ruedi Brassel,  
Parteisekretär SP BL

verliert die SP meist 2–3 Stimmenprozente, während sie in der Stadt deutlich zulegen konnte. Dagegen trumpten im unteren Baselbiet die Rechten auf und legten bis zu 10 % zu. Das Ergebnis ist paradox: Dort, wo wir eigentlich eine urbane Bevölkerung ansprechen könnten und möchten, fallen die Wahlergebnisse deutlich «ländlicher» aus als bisher. Man muss fast von einer «Ver-Landschaftlichung» der Agglomeration

sprechen. Das ist für die SP Baselland und die Sektionen im Agglo-Gürtel die Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Wir nehmen sie an – schon in den Gemeindewahlen im Februar 2016. Mit unserer Initiative «Wohnen für alle», mit unserem Widerstand gegen das unsinnige Projekt ELBA-Ausbau und gegen die Kürzungen beim U-Abo stimmt der Kurs. Wir müssen ihn aber besser unter die Leute bringen.

## Ver-Landschaftlichung der Agglo

Im Detail betrachtet sind die Wahlergebnisse jedoch ernüchternd. Mit 22,2 % fällt die SP Baselland bei den NR-Wahlen praktisch auf das Landratsergebnis zurück. Zu Buch schlagen vor allem die Verluste in den bevölkerungsreichsten Gemeinden des Kantons (vgl. Tabelle). Hier

## ERGEBNISSE DER 10 GRÖSSTEN BASELBIETER GEMEINDEN NATIONALRATSWAHLEN 2015

	Einwohner- Innen	SP-Stimmen in %	SP-Verluste in %	Ergebnis Grüne	Zuwachs rechts
Allschwil	20 530	25.9	2.5	2.1	7.8
Reinach	18 896	23.3	-2.5	-1.6	8.3
Muttenz	17 571	27.2	2.7	-0.8	10
Pratteln	15 852	25.3	-2.5	0.5	6.8
Binningen	15 185	23.3	-2.4	-0.7	9.1
Liestal	14 042	22.3	-3.4	4.6	6.5
Münchenstein	12 016	30.2	-0.4	-0.1	5.3
Oberwil	11 062	21.9	-2	-1.4	8.3
Birsfelden	10 339	29	-3.6	-1	10.1
Aesch	10 236	21.2	-1.9	-2.4	9

Kantonale Abstimmungen  
vom 8. November 2015

## PAROLEN SP BASELLAND

Projekt ELBA-Ausbau:

**NEIN**

Initiative Gesetz öffentliches  
Beschaffungswesen:

**NEIN**

Familienergänzende  
Betreuung:

Initiative: **NEIN**

Gegenvorschlag: **JA**

Stichfrage: **Gegenvorschlag**



Veranstaltung der SP 60+ BL

## Das Sparprogramm der Baselbieter Regierung: Was sind die Auswirkungen auf ältere Menschen?

mit **Angeline Fankhauser**

alt Nationalrätin, ehem. Leiterin des  
Schweizerischen Arbeiter-Hilfswerks,  
ehem. Co-Präsidentin der Grauen Panther

Moderation: Marc Joset

**Mittwoch, 25. November 2015**

19 Uhr: Begrüßungspapéro

19.30 Uhr: Informationen, Diskussion

**Kantonsbibliothek BL, Liestal**

Emma Herwegh-Platz 4 (beim Bahnhof)

## AGENDA SP BL

• ab sofort: **Veranstaltungen im Vorfeld der Gemeindewahlen** – siehe Webseiten der Sektionen

• Sonntag, 8. November: **kantonaler Abstimmungssonntag** – u. a. ELBA-Referendum

• Sonntag, 3. Januar 2016: **Dreikönigstreffen der SP Muttenz**, Aula Schulhaus Donnerbaum, Schanzweg 20, Muttenz

# Das neue Gesetz hilft nur dem Taxikartell

**IM TAXIGEWERBE HERRSCHEN UNHALTBARE ZUSTÄNDE: MISERABLE LÖHNE FÜR DIE FAHRERINNEN UND ABZOCKE BEI DEN ZENTRALEN. DAS NEUE TAXIGESETZ ZEMENTIERT DIESE ZUSTÄNDE, STATT SIE ZU ÄNDERN. DESWEGEN NEIN ZUM TAXIGESETZ!**

Angestellte TaxifahrerInnen verdienen brutto 13 bis 17 Franken in der Stunde. Sie erreichen mit ihrem Lohn nicht einmal das Existenzminimum. Die Taxibranche lässt sich damit durch Ergänzungsleistungen vom Staat subventionieren, während die Zentralen fette Gewinne einstreichen. Das ist eine Sauerei! Das neue Taxigesetz beinhaltet keine Verbesserungen. Im Gegenteil: Die Verpflichtung, sich an einen Gesamtarbeitsvertrag zu halten, ist nicht Bestandteil des Gesetzes. Dadurch wird dem Lohndumping in dieser Branche gar kein Riegel mehr vorgeschoben und die soziale Absicherung der FahrerInnen fehlt vollständig. Aber es kommt noch dicker.

Anstatt anständige Löhne für die FahrerInnen bringt das neue Taxigesetz noch fettere Gewinne für die grossen Taxizentralen und TaxihalterInnen. In Basel gibt es acht Taxizentralen. Drei davon dominieren den Markt. Die TaxifahrerInnen müssen ihnen monatlich CHF 1200.– abliefern. Das neue Gesetz schreibt neben der Anschlusspflicht an Zentralen weitere Auflagen vor. Die Einzigen, die diese Auflagen derzeit erfüllen, sind ironischerweise die drei marktdominierenden Zentralen. Es lohnt sich, diese genauer anzuschauen:



Beat Jans, Nationalrat SP BS

■ **Taxi-Zentrale AG**  
Sitz: Leimgrubenweg 16, Basel  
Verwaltungsrat: Kurt Schaufelberger, Felix Mayer, Christoph Betschart; Geschäftsleiter: Kurt Schaufelberger

■ **Dreiunddreissiger Taxi AG**  
Sitz: Leimgrubenweg 16, Basel  
Verwaltungsrat: Kurt Schaufelberger, Felix Mayer, Christoph Betschart, Urs Kestenholz, Karl Rüedi  
Geschäftsleiter: Felix Mayer

■ **Mini-cab AG**  
Sitz: Leimgrubenweg 16, Basel  
Verwaltungsrat: Kurt Schaufelberger, Felix Mayer, Christoph Betschart, Ursula Schaufelberger  
Geschäftsleiter: Kurt Schaufelberger

Wenn man die 22er, 33er oder die 77er-Nummer anruft, nimmt immer dieselbe Person das Telefon ab. Auch sie arbeitet am Leimgrubenweg 16. Mit Verlaub, das stinkt zum Himmel. Deshalb habe ich vor zwei Wochen

die eidgenössische Wettbewerbskommission auf diese Umstände aufmerksam gemacht.

Kurt Schaufelberger, der 80 % der Taxibestellungen in Basel empfangt, ist nebenbei auch der grösste Taxihalter. Er kann also die Bestellungen seiner Konkurrenz gleich selbst abwickeln. Ein Traum für jeden Monopolisten. Durch das neue Gesetz werden sein Einfluss gestärkt und kleine Zentralen verdrängt.

Die Kampagne für das Taxigesetz wird übrigens von der Taxisektion des Basler Nutzfahrzeugverbandes ASTAG geführt, welche ihren Sitz – dreimal dürft ihr raten – am Leimgrubenweg 16 hat.

**Die Quersubventionierung des Taxikartells auf Kosten des Staates stoppen! Dumpinglöhne bekämpfen! Nein zum Taxigesetz am 15. November!**

**Abstimmungen vom  
15. November 2015**

**PAROLEN  
SP BASEL-STADT**

**Revision des Taxigesetzes:  
NEIN**

**Strasseninitiative: JA  
Gegenvorschlag: JA  
Stichfrage: Gegenvorschlag**

**Verfassungsänderung: Neue  
Organisation der Gerichte: JA**

## AGENDA SP BS

• So, 15. November, **kantonaler Abstimmungssonntag**  
• Di, 24. November, 20 Uhr, **Delegiertenversammlung**, Volkshaus Basel

• Mi, 2. Dezember, 20 Uhr, **Parteivorstand**, Grosser Saal, Gewerkschaftshaus

# Strasseninitiative

Am 15. November stimmt die Basler Bevölkerung über die kantonale Initiative «Strassen teilen – Ja zum sicheren und hindernisfreien Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr» (Strasseninitiative) und den Gegenvorschlag ab. Lanciert wurde die Initiative vom VCS. Die Initiative schreibt eine Bevorzugung von Fuss-, Velo- und öffentlichem Verkehr gegenüber dem privaten Motorfahrzeugverkehr fest. Damit soll dem Ziel des Verkehrspolitischen Leitbildes Basel-Stadt zur Umsetzung verholfen werden, nämlich den Anteil des motorisierten Individualverkehrs bis 2020 um 10 % zu senken. Die Strasseninitiative verlangt explizit den Schutz des Langsamverkehrs und die Priorisierung des ÖVs. Dazu sieht sie Massnahmen wie Strassenmarkierungen, Temporeduktionen, Velowege und die Vorfahrt für Bus und Tram vor.

Die SP unterstützt die Anliegen der Initiative inhaltlich, hat aber Vorbehalte betreffend die realis-



Dominique König,  
Grossrätin

tische Umsetzung. Deshalb setzt sie sich bei der Frage des Stichentscheids klar für den Gegenvorschlag ein, der in der UVEK des Grossen Rates von der rot-grünen Mehrheit ausgearbeitet wurde. Es sollen nicht alle verkehrsorientierten Strassen angepasst werden, sondern nur diejenigen, die im «Teilrichtplan Velo» als Veloroute aufgeführt sind. Nichts also von Tempo 30 auf Hauptverkehrsadern, wie dies von den Verkehrsverbänden Mantra-artig wiederholt wird.

Zudem ist der Gegenvorschlag einfach und bezahlbar. Die Umsetzung folgt einem 3-Stufen-Modell. Als Erstes sollen Signalisierungen und Markierungen (Pinsel und Farbe) angebracht werden. Reicht dies nicht, können Tempo-30-Strecken eingerichtet werden. Nötige bauliche Anpassungen würden später kostenneutral im Rahmen von Erhaltungsmassnahmen folgen.

Die bürgerlichen Gegner sehen nur den möglichen Verlust von Park-



plätzen und unterstellen den Initianten und rot-grünen Parteien, sie diskriminierten den Autoverkehr. Darum geht es der SP nicht! Wir setzen auf eine sanfte stadtverträgliche Mobilität, weil uns der Schutz der schwachen Verkehrsteilnehmenden und eine gesunde Umwelt wichtig sind. Wir befürworten die gemeinsame Strassennutzung. Für ein nachhaltiges und lebenswertes Basel heisst es also am 15. November: 2x Ja und beim Stichentscheid: Gegenvorschlag.

# Moderne Bildungslandschaft statt Verwirrungstaktik

Erste Bildungsthemen der neuen Legislatur im Landrat sind

- der Ersatz des Vorschlagsrechts des Lehrerinnen- und Lehrerkonvents im Anstellungsverfahren der Schulleitung durch ein Mitspracherecht
- die Suche nach Möglichkeiten der verbesserten Berücksichtigung von Staatskunde und Politik auf der Sekundarstufe II und
- die Petition «Qualität an den Schulen und in der Ausbildung der Sek I-Lehrkräfte».

Diese Petition wurde vom Komitee «Qualität an den Schulen» lanciert, einer Arbeitsgruppe des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland (LVB). Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission des Landratssagt einstimmig, dass dieses Postulat nicht abgeschrieben werden darf, da tatsächlich Handlungsbedarf bei der Ausbildung der Sek I-Lehrkräfte besteht. Entsprechend wird Regierungsrätin Monica Gschwind eine

aktualisierte Analyse der Ausbildungssituation und Ausbildungsqualität vornehmen müssen. Und selbstverständlich ist sie dabei gefordert, das Thema mit den anderen Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz zu erörtern.

Wie viele weitere Bildungsthemen kann auch dieses nicht losgelöst von der Realität und nur in unserem Kanton angegangen werden, wie es das Komitee «Starke Schule Baselland» mit mittlerweile beinahe unzähligen Initiativen immer wieder versucht. In unserem vierkantonalen Bildungsraum sind kantonale Initiativen ein unsinniges Mittel, das nur zu Verunsicherung und Verwirrung führt. Geradezu eine Frechheit ist es zudem, dass auf dem Buckel von Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern und deren Eltern so Wahlkampf betrieben wird.

Das Komitee verhindert mit seinen unzähligen Vorstössen und In-



Christoph Hänggi  
Vizepräsident SP Baselland  
Präsident der Bildungs-,  
Kultur- und Sportkommission  
des Landrats

itiativen eine konstruktive Diskussion und eine zukunftsgerichtete, moderne Entwicklung der Baselländer Bildungslandschaft. Von Regierungsrätin Monica Gschwind wurde der «Starken Schule Baselland» fragwürdigerweise die Rolle eines offiziellen Verbandes eingeräumt und in die Projektgruppe «Marschhalt» eingebunden. Trotzdem sorgt das Komitee mit seinen neuesten, im Nationalratswahlkampf lancierten Initiativen für weitere Verunsicherung. Gschwind ist hier gefordert. Spätestens jetzt muss auch sie erkennen, dass man manische Querschläger nicht einbinden kann. Als erstes Resultat der letzten Monate kann in Sachen Bildungspolitik festgehalten werden: Die Einbindung der «Starken Schule Baselland» ist misslungen – unsererseits kann dazu noch angefügt werden: glücklicherweise.